

Erscheint
wöchentlich drei
Mal und zwar
Dienstag,
Donnerstag und
Sonntag.

Inserate:
Für den Raum
einer
kleinsten Zeile
10 Pf.

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Gerichtsamtbezirk Eibenstock

und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Abonnement
vierteljährlich
1 R. 20 Pf.
incl. Bringer-
lohn.

Dieses Blatt
ist auch
für obigen Preis
durch alle
Postanstalten zu
beziehen.

Annoncen-Aannahme in der Expedition bis Mittags 12 Uhr für die am nächstfolgenden Tage erscheinende Nummer.

Tagesgeschichte.

— Die „Politische Korrespondenz“ veröffentlicht ein Telegramm aus Konstantinopel vom 6. Abends, nach welchem die offiziellen Verhandlungen zwischen den Bevollmächtigten der Mächte und den türkischen Ministern noch keine Annäherung herbeigeführt haben. Die Pforte beharre, obwohl sie die Modifikationen des Konferenzprogramms kenne, auf ihrer Weigerung, dasselbe auch nur zu diskutieren, wogegen die Bevollmächtigten die Diskussion der türkischen Gegenanschläge ablehnten. Gelänge es nicht, die Pforte umzustimmen, so sei eine nochmalige Sitzung der Konferenz überhaupt fraglich, oder es dürfte in der nächsten Sitzung eine Sommatum der Mächte an die Pforte erfolgen.

— In Rußland dauern die Rüstungen fort und werden so ununterbrochen betrieben, daß man die Bewohner des Landes in umfassender Weise zur Leistung von Spanndiensten heranzieht, um die Truppen vermöge dieses Transportmittels etwas schneller vom Innern nach dem Süden zu schaffen. Aus den Küstenstädten am schwarzen Meer werden mehr und mehr rettenswerthe Dinge in das Innere geschafft. Das Befinden des Großfürsten Nicolaus, für dessen Leben die Aerzte eine Zeit lang besorgt waren, hat sich schnell bedeutend gebessert, so daß die Wiederübernahme der Geschäfte durch denselben in Kurzen erwartet wird.

— Ueber die nun bereits stattgehabten Reichstagswahlen schreibt man aus Berlin: In Deutschland stehen überall die Wahlen zum Reichstage im Vordergrund des Tagesinteresses. Aus vielen Theilen des Reichs wird von einer Lebhaftigkeit der Agitation berichtet, wie sie noch gar nicht dagewesen sein soll; in einzelnen Bezirken sind fünf verschiedene Candidaten aufgestellt. Der neue Reichstag wird in der zweiten Hälfte des Monats Februar zusammentreten; die preussische Regierung hofft, daß bis dahin die Arbeiten des auf den 12. Januar einberufenen preussischen Landtages beendet sein werden. Es wird also, wie man hofft, ein gleichzeitiges Tagen beider Körperschaften vermieden werden. — Fürst Bismarck hat in Folge einer Erkältung in den letzten Tagen das Zimmer hüten müssen; schon an den Festlichkeiten des 1. Januar konnte er nicht Theil nehmen. Se. Majestät der Kaiser beehrte den Kanzler am 2. Januar mit einem Besuch und auch Se. Kais. Kgl. Hoheit der Kronprinz hat dem Fürsten in den letzten Tagen auch wiederholt Besuche abgestattet.

— In Hinsicht auf die gestern stattgehabten Wahlen zum deutschen Reichstage dürften folgende Daten von Interesse sein. Bekanntlich wird auf durchschnittlich 100,000 Seelen ein Abgeordneter zum Reichstage gewählt. Bei der letzten Reichstagswahl war das deutsche Reich in 397 Wahlkreise (ohne Elsaß-Lothringen in 382) getheilt, von denen jeder einen Abgeordneten in den Reichstag entsendet hat. Auf einen Wahlkreis kamen im Durchschnitt 103,300 Einwohner und darunter, im Mittel 21,470 oder 20,8 pCt. wahlberechtigte Wähler. Bei der vorigen Wahl war das Reich in 49,278 Wahlbezirke getheilt, auf einen Wahlbezirk kamen im Durchschnitt 832 Einwohner und 173 Wahlberechtigte. Die wahlberechtigten Wähler bezifferten sich auf 8,523,446 Personen, welche zusammen 5,223,864 Stimmzettel abgaben. Von 100 Wahlberechtigten haben somit im Durchschnitt 61,3 Stimmzettel abgegeben. Von den gültigen Stimmen sind auf Kandidaten folgender Parteistellung gefallen: Konservativ 359,959, deutsche Reichspartei 375,523, Liberale 53,853, Nationalliberale 1,542,501, Fortschrittspartei 447,538, Volkspartei 21,739, Sozialdemokraten 351,952, Centrum 1,568,320, Partikularisten 137,757, Polen 198,442, Protestpartei 86,352, unbestimmt 46,318. — In 47 Wahlkreisen waren engere Wahlen, in 6 Wahlkreisen Nachwahlen nöthig.

— Preußen hat mit dem Fürstenthum Waldeck im Jahre 1868 einen sogenannten Accessionsvertrag abgeschlossen, welcher zum Jahre 1878 von Preußen gekündigt worden ist. Die von Preußen übernommene Verwaltung des Fürstenthums deckt die Kosten nicht und erforderte einen jährlichen Zuschuß aus Mitteln des preussischen Staats von anfänglich ca. 170,000 Mark später von 240,000 Mark und jetzt reicht auch diese Summe nicht mehr aus. Neue Verhandlungen sollen von Seiten des Fürsten von Waldeck bereits eingeleitet sein. Als Basis derselben dürfte von Preußen wohl nur die Heranziehung der Dominal-einkünfte zur Deckung der Ausgaben angenommen werden.

— Die Frage wegen der Beschickung der Pariser „Weltausstellung“ von 1878 hat in Scandinavien wie in der Schweiz zu lebhaften Erörterungen in den beteiligten Kreisen Anlaß gegeben. Das schwedische Kommerzkollegium, um sein Gutachten befragt, hat nun erklärt, keinen stichhaltigen Grund für die Theilnahme Schwedens an der Weltausstellung finden zu können und rath daher von dieser Theilnahme ab. In Norwegen dagegen ist man einer Beschickung geneigt. Die schweizerischen Gewerbetreibenden aber haben im Allgemeinen keine Lust, die Ausstellung zu beschicken. Das schweizerische Centralblatt für die Textilindustrie ist der Ansicht, daß die Schweiz Angesichts der Zollvorschlüge des französischen Conseil supérieur du commerce nicht den geringsten Grund habe, den Franzosen mit ihren ausgesprochenen schutzjöllnerischen, auf die Erschwerung und Schädigung des schweizerischen Ausfuhrhandels hinielenden Tendenzen besonders freundlich gefinnt zu sein.

— Gerüchte aus Persien besagen, daß wiederum der Ausbruch einer Hungersnoth daselbst befürchtet wird. Die Zwischenräume, in denen solche schrecklichen Zustände in diesem Lande wiederkehren, werden im Laufe der Zeit immer kürzer. Vor wenigen Jahren erst hat der Hungertyphus dort Tausende von Menschen dahingerafft.

Locale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock, 10. Jan. In der 10. Vormittagsstunde des 4. d. M. ist auf dem Heuboden des Werner'schen Hauses in Carlsfeld auf bis jetzt noch unermittelte Weise Feuer ausgebrochen. Nur der schnellen Hilfe und dem energischen Eingreifen der freiwilligen Feuerwehr daselbst ist es zu verdanken, daß die Parterre-Räumlichkeiten verschont geblieben und nur der Dachstuhl abgebrannt ist. Der Besitzer dieses Hauses, welcher die Bäckerei betreibt, kann, da auch die Bäckerei vom Feuer verschont geblieben ist, sein Geschäft ohne Störung fortführen.

— Eibenstock, 10. Januar. Gestern Nachmittag zwischen 2—3 Uhr wurde in einem Wiesenwässerungsgraben zwischen Reidhardtsthal und Wolfesgrün die Leiche des noch ledigen, circa 40 Jahre alten Kfm. Wilhelm Lehmann von hier aufgefunden. Aller Wahrscheinlichkeit nach liegt hier Selbstmord vor, das Motiv dazu scheint Schwermuth gewesen zu sein. — Bei der heutigen Wahl zum Reichstage wurden in den beiden hiesigen Wahlbezirken Stimmen abgegeben:

für den liberalen Candidaten Herrn Holzmann 292,
für den konservativen Candidaten Hr. Breihsfeld 105,
für den socialdemokratischen Candidaten Wiemer 11.

— Eibenstock, 9. Januar. Ueber die am vorigen Sonntag stattgefundene Wählerversammlung für die nationalliberale Partei, finden wir in der heutigen Nummer des hiesigen Amtsblattes ein — Referat. Der unbekanntere Referent hatte die Güte, im gedachten Referate bis zum Schlusssatz der Interpellation des Herrn Commerzienrathes Hirschberg so ziemlich der Wahrheit gerecht zu werden — jedoch mit dem gewaltigen Unterschied, daß er die Ansprache des Hr. Holzmann bis auf ein Minimum herabdrückte, während die Interpellation fast wörtlich, jedoch mit Weglassung des Satzes, daß sich der Herr Interpellant, gleich dem Candidaten, zum Prinzip des Freihandels bekennt, wieder gegeben hat. — Was soll man aber zum Schlusssatz des Referates sagen? — Hier steht der geehrte Herr Referent auf dem Höhenpunkte seiner Parteistellung, indem er im großen Ganzen genommen, dem Reichstagscandidaten nur seine einfachen in der Einleitung seiner Entgegnung gebrauchten Worte, als das einzig Gesagte in den Mund legt, während doch Jedermann, welcher die Versammlung besucht hat, wenn er unparteiisch sein will, gehört haben muß, daß Herr Holzmann in ruhiger, nobler, schlagfertiger und tiefeingehender Weise jeden einzelnen Punkt der Interpellation besprochen und das Sachgemäße erwiedert hat — und zwar in längerer, mindestens 20 Minuten andauernder Rede. Hier über das wirklich Vorgetragene zu referiren, scheint dem Herrn Referenten in seinem Parteiinteresse nicht zugesagt zu haben, — während wir der Meinung sind, daß ein vorurtheilsfreier Referent, wenn er dem einen Theile gerecht wird, den anderen Theil — der Wahrheit entgegen — nicht schädigen darf.

Es scheint uns überhaupt, daß man mit diesem Referate den Grundsatz verfolgte, den Candidaten eher zu schaden, als zu nützen und den Herrn Interpellanten als Capazität ersten Ranges in das rechte